

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Thilo Kleibauer, Anke Frieling,
Ralf Niedmers, Dennis Thering, Eckard Graage (CDU) und Fraktion**

Betr.: Zugang zu Googles Environmental Insights Explorer für alle Abgeordneten der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen ermöglichen

Der Environmental Insights Explorer von Google liefert Städten ab 25.000 Einwohnern aus aller Welt Daten zu ihren CO₂-Emissionen. Zum Verkehr aus Handydaten, zum Gebäudebestand sowie zum Fotovoltaikpotenzial über Google Earth und Street View und in Kürze auch zum Baumbestand, ebenfalls über Google Earth und Street View. Gemäß der Drs. 22/9627 führt die Freie und Hansestadt Hamburg mit vielen großen und kleinen Technologieunternehmen regelmäßig Gespräche zur Markterkundung, mit Google beispielsweise zur möglichen Zusammenarbeit bei der Verkehrsplanung (Heatmaps, Schaltungsoptimierung von Lichtsignalanlagen) und zum Environmental Insights Explorer.

Weiter heißt es dort, die Freie und Hansestadt Hamburg nutzt den Environmental Insights Explorer von Google nicht für die Erfüllung ihrer Fachaufgaben. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat nach Produktpräsentationen von Google bisher lediglich vereinzelt auf Fachebene Testzugänge erhalten, um sich über die Datenqualität, Nutzungsmöglichkeiten sowie organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen ein Bild zu machen. Mit der Frage, ob der Senat der Nutzung der Google-Daten durch die Abgeordneten der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen zustimmt, hat man sich hingegen noch nicht beschäftigt.

Die jeweilige Stadt entscheidet jedoch nach den Google-Bedingungen, wer ebenfalls Zugang zu den Daten erhält, sofern ein berechtigtes Interesse vorliegt.

Eine Nutzung der Daten durch alle Abgeordneten könnte zu einer effektiveren Umsetzung der Energie- und Verkehrswende sowie zu einer optimierten Umweltpolitik beitragen.

Im Ausschuss IUK vom 11.11.2022 wiesen die Senatsvertreter daraufhin, dass die Bürgerschaft den Senat auffordern könne, die Freigabe bei Google zu erteilen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. Kontakt mit der Firma Google aufzunehmen, damit den Abgeordneten der Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen Zugang zu den Daten des Environmental Insights Explorer von Google ermöglicht wird;
2. der Bürgerschaft bis zum 31.03.2023 zu berichten.